

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
 Helmut G. Schmidt  
 Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0  
 Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)  
 91520-15

## Inhalt

Für die Einrichtung einer Bundestags-Enquete-Kommission "Wohnen und Siedlungsentwicklung" plädiert **Otto Reschke MdB**.

Seite 1

Eine stärkere Nutzung des Potentials von Wissenschaft und Technik für den ökologischen und sozialen Fortschritt fordert **Wolf-Michael Catenhusen MdB**.

Seite 3

49. Jahrgang / 91

13. Mai 1994

### In der Wohnungspolitik brauchen wir langfristige Strategien

Ein Plädoyer für eine Enquete-Kommission "Wohnen und Siedlungsentwicklung"

Von **Otto Reschke MdB**

Stellvertretender Vorsitzender des Bauausschusses des Deutschen Bundestages

Die Situation am Wohnungsmarkt hat im letzten Jahr einen kleinen Aufschwung erlebt, über den wir uns alle sehr freuen. Dennoch dürfen wir nicht den gleichen Fehler begehen, wie zum Beispiel die Bundesbauministerin und schon anfangen zu feiern, wenn Schlimmes nicht mehr so schnell schlimmer wird.

Die Probleme der Wohnraumversorgung haben sich zwar im letzten Jahr nicht mehr weiter verschärft, sie haben sich aber auch nicht entschärft. Die im letzten Jahr gesteigerte Wohnungsbautätigkeit ist erfreulich und auch für dieses Jahr werden wir noch mit einem guten Ergebnis rechnen. Dennoch mehren sich Stimmen aus der Wissenschaft und auch aus der Praxis, daß wir schon bald wieder mit einem Rückgang an Wohnungsbautätigkeit rechnen müssen. Für die Wohnungspolitik besteht also kein Anlaß zur Zufriedenheit, denn Impulse gingen hauptsächlich von dem fast historisch niedrigen Zinsniveau aus, das die Kostenseite der Investoren im Wohnungsbau erheblich entlastet. Ebenso haben wir beim Wohneigentum einen Vorzieheffekt aufgrund der Streichung des Schuldzinsabzuges bis zum Jahresende. Hinzu kommt das Auslaufen des Ballungsgebietsprogramms von 400 Millionen DM sowie die Streichung des 700 Millionen-Mark-Sonderprogramms für den Sozialwohnungsbau in Westdeutschland.

Die Ausweitung des Neubaus in den letzten Jahren reichte aber bei weitem nicht aus, um in absehbarer Zeit die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage zu schließen. Blicken wir in die Zukunft, und das sollte eine vernünftige Politik immer, so brauchen wir eine ganz erhebliche Steigerung der Neubautätigkeit, um den Wohnbedarf bis zum Jahr 2000 einigermaßen zu decken.

Die neuen Bevölkerungsvorausschätzungen wie sie von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung unternommen wurden, signalisieren einen anhaltend hohen zusätzlichen Wohnungsbedarf.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
 Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
 Postfach 19 01 67, 53027 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
 Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit  
 zuzügl. MwSt. und Versand.

Freigelegter Umgang  
 mit wertvollen Rohstoffen  
 Recycling-Papier



Bis zum Jahr 2000 werden wir mit einem Bevölkerungswachstum aufgrund Wanderungen von fünf Millionen Menschen rechnen müssen. Das ist eine Bevölkerungszunahme in der Größenordnung der heutigen Einwohnerzahl von Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz zusammen. Diese fünf Millionen Menschen verteilen sich aber nicht gleichmäßig über die gesamte Bundesrepublik. Vor allem die Agglomerationen in den alten Bundesländern werden eine starke Zunahme zu verzeichnen haben. Während die eh schon dünn besiedelten Teilräume weitere Bevölkerungsabnahmen zu verbuchen haben.

Was bedeutet diese Bevölkerungszunahme?

Wir brauchen für fünf Millionen Menschen zusätzlichen Wohnraum, neben dem heute schon fehlenden Wohnraum. Bei dem heutigen Haushaltsverhalten werden zwei bis drei Millionen Wohnungen sein, die wir zusätzlich zu den bereits heute schon fast drei Millionen fehlenden Wohnungen benötigen.

Wir brauchen, den Wohnraum aber nicht irgendwo, sondern in den großen Ballungsräumen, wo heute schon ein enormer Versorgungsengpaß besteht. Verschärfend kommt hinzu, daß sich der Neubedarf vor allem auf preisgünstigen Wohnungen konzentriert, die der Markt immer seltener bereithält und um die schon heute eine immer schärfere Nachfragekonkurrenz entbrannt ist.

Die Deckung des absehbaren Wohnungsbedarfs durch Neubau erfordert in erheblichem Umfang Baurecht und Erschließung zusätzlichen Wohnbaulandes einschließlich Flächen für Versorgungs-, Freizeit- und Infrastrukturanlagen. Während der hohe Siedlungsdruck in den westdeutschen Ballungsräumen zu Entwicklungsengpässen führt, können in den ostdeutschen Regionen, die heute schon dünn besiedelt sind, Probleme auftreten hinsichtlich der Aufrechterhaltung funktionsfähiger regionaler Arbeits- und "Versorgungsmärkte". Schon deswegen muß Wohnungsbau integraler Bestandteil der Städtebaupolitik und der Raumordnungspolitik sein.

Die Politik darf nicht auf die Verteilung der Bevölkerung reagieren, sondern muß selbst Einfluß nehmen auf die räumliche Verteilung der Bevölkerung. Dabei muß sie klare Ziele formulieren, wie die zukünftige Siedlungsentwicklung und Bevölkerungsverteilung aussehen soll, um dann die notwendigen Strategien und Instrumente auch für Infrastrukturinvestitionen zu finden.

Mit Flickschusterei wie sie in den letzten Jahren erfolgte, mit zahlreichen kurzfristigen Änderungen in den gesetzlichen Rahmenbedingungen und kurzfristiger Aufstockung und Löschung von Programmen, werden wir die Probleme der nächsten Jahre nicht lösen können.

Wir brauchen eine umfassende Sicht der Probleme, die eine Koordination und Konzentration der Programme und Mittel verlangt, um effiziente Politik betreiben zu können.

Für die aktuellen und zu erwartenden Probleme am Wohnungsmarkt bedeutet dies, daß wir genaue Zielvorgaben zur weiteren Siedlungs- und Bevölkerungsentwicklung für die jeweiligen Regionen formulieren müssen. Darauf aufbauend müssen Überlegungen und Strategien folgen, wie und in welchem Zeitraum diese Ziele erreicht werden können. Wir müssen abrücken von einer defensiven Politik, die nur noch Krisenmanagement betreibt.

Statt der Einsetzung zahlreicher nebeneinanderher arbeitender Expertenkommissionen sollte die Einsetzung einer Enquete-Kommission "Wohnen und Siedlungsentwicklung" im Deutschen Bundestag geprüft werden, die unter Mitwirkung aller relevanten staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, Organisationen und Gruppen, die Instrumentarien der Wohnungs- und Städtebauförderung und sowie der Raumordnungspolitik und der regionalen Wirtschaftsförderung unter die Lupe nimmt und langfristige Strategien zur Schaffung und Sicherung einer ausreichenden Wohnraumversorgung in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschlands entwickelt.

Ein III. Wohnungsbaugesetz in dieser Republik ist längst überfällig in dieser Legislaturperiode. Das I. Wohnungsbaugesetz hatte die Aufbauphase und die Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus zum Inhalt. Das II. Wohnungsbaugesetz galt der Ablösung der Wohnungszwangs-

wirtschaft, der Konsolidierung der Wohnungswirtschaft und der Stadterneuerung. Das III. Wohnungsbaugesetz muß Vorbereiter sein für die Integration der Millionen von Zuwanderern von Außen, aber auch die Wanderungen innerhalb der Bundesrepublik mit einbeziehen, sonst bleibt Fremdenfreundlichkeit eine hohle Phrase.

Wenn diese Probleme nicht gelöst werden, wird Neid und Mistgunst die Ballungsräume in Pulverfässer verwandeln, die leicht zu entzünden sind und schwere soziale Konfliktsituationen heraufbeschwören.

Das III. Wohnungsbaugesetz muß darüberhinaus die Frage der Modernisierung und Erhaltung des Bestandes, sowie die Energieeinsparung regeln. Der große Bedarf an zusätzlichen Wohnungen darf nicht zu Lasten ökologischer und sozialer Qualität gehen. Die Förderung des Wohneigentums breiter Schichten der Bevölkerung muß ebenso Bestandteil des Gesetzes sein, wie die Sicherstellung des Versorgungsanspruchs mit preiswerten Wohnungen des unteren Einkommensdrittels.

Die Politik ist hier gefordert und darf sich nicht auf dem bisher Erreichten ausruhen, denn der Staat hat eine soziale Verantwortung für eine ausreichende Wohnungsversorgung.

Die SPD will dieser Verantwortung gerecht werden. Wir begreifen Wohnungspolitik als investive Sozialpolitik, die für heutige und künftige Generationen das Grundbedürfnis nach einer Wohnung sicherstellen muß. Wohnungspolitik ist auch insofern Generationenpolitik, als der große Bedarf an zusätzlichen Wohnungen nicht zu Lasten ökologischer und sozialer Qualität gehen darf. Um Wohnungsnot nachhaltig bekämpfen zu können, ist ein "nationaler Pakt" zwischen Bund, Ländern und Gemeinden einerseits sowie der Bau- und Wohnungswirtschaft und den Mieterverbänden andererseits unerlässlich.

(/13. Mai 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Wer innovative Impulse geben will, muß aktive Forschungspolitik betreiben**  
**Das Potential von Wissenschaft und Technik stärker für ökologischen und sozialen Fortschritt nutzen**

**Von Wolf-Michael Catenhusen MdB**  
**Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung**

Wirtschafts- und Wissenschaftsverbände versuchen in diesem Frühjahr mit vielfältigen Initiativen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für die Lage von Forschung und Technologieentwicklung in unserem Land zu schärfen und zu einem innovationsfreundlichen Klima beizutragen. Diese Initiativen sind aus Sicht der Forschungspolitiker aller Parteien sehr zu begrüßen. Im Interesse von Wissenschaftlern und Ingenieuren dürfen diese Maßnahmen jedoch nicht zu PR-Aktionen in einem Wahlkampfjahr verkommen. Erstaunlich ist dabei die Unbekümmertheit, mit der die Bundesregierung, die in den vergangenen Jahren selbst das größte Innovationshemmnis war, sich nun an diese Aktionen anzuhängen versucht - dieselbe Bundesregierung, die erst vor gut zwei Monaten dem ohnehin geplünderten Forschungshaushalt weitere 250 Millionen DM entzogen hat.

Wir brauchen eine Politik, die innovative Impulse gibt. Ein strategisches Konzept für aktive Forschungspolitik jedoch fehlt der amtierenden Bundesregierung. Am augenfälligsten ist dieses Defizit bei den Technologien für den Übergang zum 21. Jahrhundert. Trotz aller öffentlich bekundeten Bereitschaft zum technologiepolitischen Dialog hat das Forschungsministerium bis

lang keine qualifizierte Debatte darüber angestoßen, welche Technologien im nächsten Jahrzehnt gebraucht werden und welche Förderstrategien den gesellschaftlichen und technischen Herausforderungen von morgen gerecht werden können. Ein aus Sachverständigen zusammengesetzter "Technologierat", wie ihn die Zukunftskommission in Baden-Württemberg vorschlägt, könnte dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Handverlesene Gesprächszirkel beim Bundeskanzler sind kein Ersatz dafür.

Aktionen für ein besseres Innovationsklima können kein Ersatz für Innovationspolitik, für politische Entscheidungen sein. Die Bundesregierung ist aufgefordert, konkrete politische Entscheidungen, die Investitionen und Engagement für Forschung und Entwicklung attraktiver machen, umgehend zu ergreifen. Es geht dabei insbesondere um:

- die Förderung der Bereitstellung von Risikokapital für innovative, kapitalintensive Unternehmensgründungen durch Banken und andere Kreditgeber;
- einen Wiedereinstieg in den kontinuierlichen Ausbau der Projektförderung, insbesondere für zukunftssträchtige, ökologisch verträgliche Technologieentwicklungen;
- als Sofortmaßnahme die Rücknahme der Kürzung des Forschungshaushalts um 250 Millionen DM;
- gezielte steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung.

Es muß rasch das unwürdige Spiel beendet werden, daß beispielsweise der Forschungsminister sich für gezielte steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung ausspricht und umgehend vom Finanzministerium zurückgepfiffen wird.

Ein stärkeres öffentliches Interesse an Forschung und Technik und an den Chancen, die die technische Entwicklung uns bietet, ist durchaus zu wünschen. Die seit vielen Jahren immer wieder abgestimmte Klage über "Technikfeindlichkeit" in Deutschland ist aber unbegründet und dient häufig nur dazu, von eigenen Innovationsproblemen in der Wirtschaft und in der Politik abzulenken. Die "Akzeptanz"-Debatte ist ein politischer Nebenkriegsschauplatz.

Alle sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, gerade auch die im Auftrag des Bundesforschungsministeriums, zeigen: es geht bei Technikdebatten für die große Mehrheit der Bevölkerung nicht um die Frage, ob Technik abzulehnen ist. Selbst in einem so sensiblen und umstrittenen Bereich wie der Gentechnik sprechen sich fast 80 Prozent der deutschen Bevölkerung für den Einsatz der Gentechnik in sinnvollen Anwendungsbereichen aus, insbesondere in der Grundlagenforschung und in der Medizin, bei Skepsis und Ablehnung gegenüber gentechnisch erzeugten Lebensmitteln. Diese differenzierte Herangehensweise zeigt deutlich, daß Technik in Deutschland durchaus nach ihrem Beitrag für unsere gesellschaftliche Zukunft hinterfragt wird - und das ist legitim -, ohne daß daraus Technikfeindlichkeit erwächst. Auch Kernkraftgegner plädieren nicht für technologischen Stillstand, sondern für den raschen und intensiven Einsatz modernster Technik für die Erschließung regenerativer Energiequellen und eine ökologisch verträglichere Nutzung fossiler Energieträger.

Deshalb sollte die Debatte über angebliche "Technikfeindlichkeit" schleunigst ad acta gelegt werden, damit wir uns der wirklich spannenden Frage nach den Anwendungs- und Gestaltungspotentialen der Technik zuwenden. Welche Technik wollen wir in Deutschland für unsere Zukunftssicherung nutzen? Die Bevölkerung erwartet vor allem von der Politik mehr Anstrengungen, das Potential von Wissenschaft und Technik stärker für ökologischen und sozialen Fortschritt zu nutzen. Daß Deutschland mit 20 Prozent Marktanteil Weltführer in der Umweltschutztechnik ist, liegt an der Erfindungsgabe unserer Wissenschaftler und Ingenieure, aber ebenso auch an dem starken Bürgereengagement für den Schutz der Umwelt.

(-13. Mai 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*